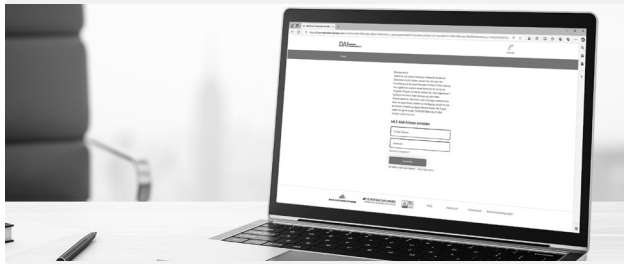
Online-Vortrag LIVE: Entwicklungen und Herausforderungen im Migrationsrecht 2027

Live-Übertragung:	26. Januar 2027, 13.30 – 19.00 Uhr (inkl. 30 Min. Pause)
Zeitstunden:	5 h – mit Bescheinigung nach §15 Abs. 2 FAO
Kostenbeitrag:	**ab 265,– €** (USt.-befreit) für Mitglieder der kooperierenden Rechtsanwaltskammern **305,– €** (USt.-befreit) regulär
Nr.:	33268632

Anmeldung über die DAI-Webseite
www.anwaltsinstitut.de
mit vielen neuen Services:



- Zugriff auf alle digitalen Unterlagen zur Fortbildung: Von Arbeitsunterlage bis zur Teilnahmebescheinigung
- Komfortable Umbuchungsmöglichkeiten
- Direkter Zugriff auf alle digitalen Lernangebote
- Speichern interessanter Fortbildungen auf Ihrer persönlichen Merkliste

Die DAI Online-Vorträge LIVE

Bei einem Online-Vortrag LIVE verfolgen Sie die Veranstaltung/Fortbildung zum angegebenen Termin über das eLearning Center. Ein moderierter textbasierter Chat ermöglicht Ihnen die Interaktion mit den Referierenden und anderen Teilnehmenden. Sie benötigen nur einen aktuellen Browser, eine stabile Internetverbindung und Lautsprecher. Die Arbeitsunterlage steht elektronisch zur Verfügung.

Teilnahmebescheinigung nach §15 Abs. 2 FAO

Das DAI stellt die Voraussetzungen zum Nachweis der durchgängigen Teilnahme sowie die Möglichkeit der Interaktion während der Dauer der Fortbildung bereit. Die Online-Vorträge LIVE werden damit wie Präsenzveranstaltungen anerkannt und können für die gesamten 15 Zeitstunden genutzt werden.

Kontakt

Deutsches Anwaltsinstitut e. V.
Gerard-Mortier-Platz 3, 44793 Bochum
Tel. 0234 970640
support@anwaltsinstitut.de
Vereinsregister des Amtsgerichts Bochum: VR-Nr. 961

KI-Bonus: Jetzt mit KI-Mitschrift und KI-Podcast

Zu diesem Online-Vortrag LIVE erhalten Sie ohne Zusatzkosten eine KI-erzeugte, dem roten Faden des Referenten folgende Mitschrift* und einen kompakten KI-Podcast* zur Nachbereitung. Nach dem Vortrag stehen Ihnen die Inhalte zeitnah in Ihrem Teilnehmerkonto zur Verfügung.

*KI-generiert und nicht menschlich geprüft

FAOcomplete – Ihr eLearning-Paket im DAI

Dieses eLearning-Angebot ist Bestandteil von FAOcomplete: Mit diesem eLearning-Paket können Sie sich aus unserem vielfältigen Angebot Ihre komplette FAO-Fortbildung in einem Fachinstitut komfortabel, flexibel und zu einem attraktiven Festpreis zusammenstellen. **Genauere Informationen finden Sie unter www.anwaltsinstitut.de/faocomplete**

DAI Deutsches Anwaltsinstitut e.V.

Fachinstitut für Migrationsrecht

Online-Vortrag LIVE

Entwicklungen und Herausforderungen im Migrationsrecht 2027

Das neue europäische Asylrecht (GEAS) mit Übergangsfragen, Veränderungen beim Familienasyl sowie neue Anforderungen an Verfahren und Rechtsschutz

KI NEU! Mit KI-Bonus

26. Januar 2027
13.30 – 19.00 Uhr
Online

FAO complete Fachinstitut Migrationsrecht

Prof. Dr. Stephan Hocks
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht,
Lehrbeauftragter an der Universität Gießen,
Vorsitzender des Ausschusses Asyl- und Ausländerrecht bei der Bundesrechtsanwaltskammer

www.anwaltsinstitut.de

Gemeinnützige Einrichtung der Bundesrechtsanwaltskammer, Bundesnotarkammer, Rechtsanwaltskammern und Notarkammern.

Referent

Prof. Dr. Stephan Hocks, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht, Lehrbeauftragter an der Universität Gießen, Vorsitzender des Ausschusses Asyl- und Ausländerrecht bei der Bundesrechtsanwaltskammer

Inhalt

Das Jahr 2026 war ein Jahr tiefgreifender Veränderungen im Migrationsrecht – mit erheblichen Auswirkungen auf die anwaltliche Beratung und Prozessführung. Nicht nur im Asylbereich. Das heißt neues Recht, kürzere Fristen, weniger Rechtsmittel und zunehmend unübersichtliche Übergangsregelungen – und das im Kontext eines fokussierten gewordenen politischen Klimas von Beschleunigung statt Einzelfallgerechtigkeit, Vollzug statt Kompromiss und schwieriger Erreichbarkeit vieler Behörden.

Die Veranstaltung will trotz all dieser Umstände an einem positiven Start in das neue Jahr 2027 mitwirken und die wichtigsten aktuellen Entwicklungen behandeln, insbesondere das neue europäische Asylrecht (GEAS) mit seinen Übergangsfragen, die Veränderungen beim Familienasyl sowie neue Anforderungen an Verfahren und Rechtsschutz. Weitere Themen sind die Situation nach dem Auslaufen des Chancen-Aufenthaltsrechts nach § 104c AufenthG, der Duldungsanspruch ausreisepflichtiger Personen, neue Beschäftigungsverbote und Stichtagsprobleme bei Ausbildungsduldung und § 16g AufenthG, die aktuelle Abschiebungspraxis etwa nach Afghanistan oder Griechenland, das neue Recht der Vaterschaftsanerkennung sowie Untätigkeitsklagen im Einbürgerungsrecht. Auch die Erwerbsmigration wird in den Blick genommen: Chancenkarte und Anerkennungspartnerschaft treffen auf langwierige und Verwaltungsverfahren an Formalien orientierte Behörden, während zugleich eine Beschleunigung und Vereinfachung der Fachkräfteeinwanderung angestrebt wird.

Abgerundet wird die Veranstaltung durch einen Blick auf die wichtigsten migrationsrechtlichen Entscheidungen der höchsten Gerichte (BVerfG, BVerwG und – vor allem – EuGH).

Arbeitsprogramm

I. Neues GEAS seit dem 12. Juni 2026: Die ersten sechs Monate in der Praxis

1. Altverfahren oder neues Recht? – Die Übergangsregelungen
   a) Welches Recht gilt für bereits laufende Asylverfahren?
   b) Übergang von Dublin III zur AMM-VO
   c) Neue Verfahrensregeln bei alten Asylanträgen
2. Neues Asylverfahrensrecht: schneller, komplexer, rechtsschutzintensiver
   a) Beschleunigte Verfahren und Grenzverfahren
   b) Sichere Herkunfts- und Drittstaaten
   c) Neue Anforderungen an Fristen und Rechtsschutz
3. Was wird aus dem Familienasyl?
   a) Abschied vom bisherigen § 26 AsylG
   b) Familienangehörige unter der neuen Statusverordnung
   c) Probleme bei Übergangsfällen und bereits laufenden Verfahren

II. Bleiberecht 2027: Was kommt nach § 104c AufenthG?

1. Das Chancen-Aufenthaltsrecht ist ausgelaufen – die Probleme bleiben
   a) Übergang zu §§ 25a und 25b AufenthG
   b) Lebensunterhalt, Identitätsklärung und Passpflicht
   c) Was gilt bei verspäteten Behördenentscheidungen?
2. Ausbildung trotz Ausreisepflicht?
   a) Ausbildungsduldung und § 16g AufenthG
   b) Neue Beschäftigungsverbote für Staatsangehörige sicherer Herkunftsstaaten
   c) Die Stichtagsfalle 2026: begonnene oder geplante Ausbildung ohne Beschäftigungserlaubnis

III. Aufenthaltsbeendigung und Abschiebung

1. Ausreisepflichtig – aber ohne Duldung?
   a) Anspruch auf Erteilung und Bescheinigung einer Duldung
   b) Zunehmende Praxis informeller oder „duldungsloser“ Ausreisepflicht
   c) Bedeutung des Duldungszeitraums für Bleiberechte und Beschäftigung
2. Zwischen Vollzugsinteresse und effektivem Rechtsschutz
   a) Hängebeschlüsse, Eilanträge und kurzfristige Abschiebungsvorbereitung
   b) Die früh muss anwaltlich reagiert werden?
   c) Rechtsschutz unmittelbar vor der Abschiebung
   d) Abschiebungen nach Afghanistan und Griechenland

IV. Aufenthaltsrecht außerhalb von Asyl und Abschiebung

1. Vaterschaftsanerkennung nach neuem Recht (§§ 1594 ff. BGB, §§ 85a ff. AufenthG)
   a) Zustimmung der Ausländerbehörde
   b) Aufenthaltsrechtliches Gefälle und Missbrauchsprüfung
   c) Praktische Auswirkungen auf Familien und Beratung
2. Familiennachzug unter veränderten politischen Rahmenbedingungen
   a) Insbesondere subsidiär Schutzberechtigte
   b) Härtefälle und alternative Zugangswege

V. Erwerbsmigration 2027: Liberales Recht trifft schwierige Verwaltung

1. Chancenkarte (§ 20a AufenthG) und Anerkennungspartnerschaft in der Praxis
   - Was funktioniert – und wo entstehen neue Anschlussprobleme?
2. Fachkräfteeinwanderung und Verwaltungswirklichkeit
   a) Lange Verfahren trotz erleichterter materieller Voraussetzungen
   b) Zuständigkeits- und Schnittstellenprobleme zwischen Auslandsvertretung, BA und Ausländerbehörde
3. Work-and-Stay-Agentur: Kommt die versprochene Beschleunigung?
   a) Zentralisierung, Digitalisierung und Verfahrensvereinfachung
   b) Anspruch und bisherige Realität der Fachkräfteeinwanderung

VI. Einbürgerungsrecht: Lange Wartezeiten und der laxe Umgang mit dem Einbürgerungsanspruch

1. Lange Bearbeitungszeiten als anwaltliches Alltagsproblem (und wie erkläre ich das dem Mandanten?)
2. Untätigkeitsklage: Wann sollte nicht länger gewartet werden?
   a) § 75 VwGO und die Frage des zureichenden Grundes bei der Behandlung von Einbürgerungsanträgen (welchen Stellenwert hat die Staatsbürgerschaft im behördlichen Verfahren?)
   b) Taktischer Umgang mit Sachstandsanfragen und Fristsetzungen
   c) Sichtung der Einbürgerungsakte und Folgefragen

VII. Neue höchstrichterliche Rechtsprechung (BVerfG, BVerwG und EuGH)